



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Netzausbaukosten minimieren – SüdLink und SüdostLink stoppen – Bayerns saubere, flexible Gaskraftwerke ans Netz bringen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die Stromkunden nicht durch einen überzogenen Netzausbau (SüdLink/SüdostLink) zusätzlich belastet werden,
- Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass die modernen bayerischen Gaskraftwerke nicht wie derzeit fast nur noch zum Redispatch herangezogen werden, sondern wieder am Strommarkt bestehen können.

### Begründung:

Gaskraftwerke sind derzeit nicht wettbewerbsfähig. Viele klimaschädliche Braunkohlekraftwerke laufen hingegen permanent. In einem Stromsystem, das immer mehr auf den fluktuativen Energieträgern Wind und Sonne basiert, steigen die Anforderungen an die Flexibilität der übrigen Kraftwerke. Im Gegensatz zu den Gaskraftwerken ist diese Flexibilität bei den bestehenden Braunkohlekraftwerken technisch nicht gegeben, da das An- und Abfahren bei diesen viel zu lange dauert. Dass die Braunkohlekraftwerke auch dann laufen, wenn genügend anderweitiger Strom vorhanden wäre, führt zu Engpässen und hohen Kosten im Stromnetz.

Die den Monitoringbericht der Bundesregierung zur Energiewende begleitende Expertenkommission kam im Dezember 2016 zu dem Ergebnis, dass „die Minimierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 als ein zentrales politisches Ziel des Energiekonzepts der Bundesregierung mit großer Wahrscheinlichkeit verfehlt werden dürfte.“ Trotzdem bleiben viele Braunkohlekraftwerke am Netz. Die Staatsregierung führt Bayern mit den HGÜ-Trassen in eine Abhängigkeit von diesen klimaschädlichen Kraftwerken, die mit den enormen Netzausbaukosten auch noch teuer erkauft wird.

Hier ist die Staatsregierung gefordert, sich auf Bundesebene für die Einführung entsprechender Maßnahmen einzusetzen, um klimaschädliche Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen, um damit den Netzausbaubedarf zu verringern. Beispielsweise könnte eine nationale CO<sub>2</sub>-Abgabe eingeführt werden. Zudem muss die Staatsregierung alles daran setzen, dass der dezentrale Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern endlich wieder vorankommt.